



Abgeordneter

- Mitglieder eines Parlamentes
- genießen Immunität (Schutz vor Strafverfolgung)
- sind nur ihrem Gewissen verantwortlich

Binnenmarkt

Wirtschaftsraum mit einheitlichen Bedingungen für den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

Bruttoinlandsprodukt

Summe aller Sachgüter und Dienstleistungen ohne Vorleistungen, die in einem bestimmten Zeitraum in einem Land erzeugt werden.

Bundeskanzler

- trägt die Verantwortung für die Richtlinien der Politik
- gewählt vom Bundestag
- Kontrolle durch konstruktives Misstrauensvotum
- Möglichkeit der Vertrauensfrage

Aufgaben:

- Richtlinienkompetenz
- Organisationsgewalt
- Bildung der Bundesregierung

Bundespräsident

- Staatsoberhaupt der BRD
- Repräsentiert Deutschland nach außen

Aufgaben:

- Ernennung und Entlassung der höchsten Staatsbeamten
- Unterzeichnung von Gesetzen

Bundesrat

- Vertretung der Bundesländer im Bund
- besteht aus Regierungsvertretern der Länder
- sind an Weisungen ihrer Landesregierungen gebunden

Bundesregierung

- wird auf Vorschlag des Bundeskanzlers von Bundespräsidenten ernannt und entlassen
- Ressortprinzip: innerhalb der Richtlinien leitet jeder Minister sein Ressort selbstständig
- Kollegialprinzip: Entscheidungen werden vom Kabinett kollegial per Mehrheitsentschluss gefällt

Bundestag

Der Deutsche Bundestag ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Berlin.

Aufgaben:

- Gesetzgebungsfunktion
- Der Bundestag genehmigt auch die internationalen Verträge mit anderen Staaten und Organisationen und beschließt den Bundeshaushalt
- parlamentarische Kontrolle
- kontrolliert den Einsatz der Bundeswehr
- Öffentlichkeitsfunktion

Dem Bundestag steht der Bundestagspräsident (Norbert Lammert, CDU) vor.

Bundestagswahl

- Die Bundestagswahl dient der Bestimmung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages
- Sie findet grundsätzlich alle vier Jahre statt

Bundesverfassungsgericht

Aufgaben:

Konkurrierende Gesetzgebung

- Bund und Länder wollen ein Gesetz
- können sich aber nicht einigen
- kontaktieren Bundesverfassungsgericht
- dieses entscheidet, wer das Gesetz erlässt (Bund oder Länder)

Bund-Länder-Streit

- Bund und Länder können sich bei der Ausführung eines Gesetzes nicht einigen
- Beispiel: Schulwesen

Verfassungsbeschwerde

- kann jeder, der seine Grundrechte verletzt sieht, einreichen
- Grund: z.B. Absage an weibliche Arbeitnehmerin zugunsten männlicher Arbeitnehmer

Demokratie

Der Begriff Demokratie bezeichnet die direkte Volksherrschaft. Alle Bürger ab dem 18. Lebensjahr haben Partizipationsrechte.

Europäische Union

Staatenbund aus 27 Ländern Europas, der seit 1957 existiert. 1992 wurde im Vertrag von Maastricht neben einer gemeinsamen Politik in wirtschaftlichen Bereichen auch eine Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Justiz- und Innenpolitik beschlossen.

Erst- und Zweitstimme

Erststimme

- Bewerber einer Partei wird gewählt
- ☒ Direktkandidat
- Person mit dem meisten Stimmen wird gewählt

Zweitstimme

- Bewerber wird auf der Wahlkreisliste gewählt
- Liste wird von der Partei bzw. Wählergruppe erstellt
- jeder Wähler kann nur eine Stimme abgeben
- ☒ keine Veränderung der Kandidatenreihenfolge auf der Liste möglich

Exekutive

„ausführende Gewalt“: Bundeskanzler, Bundesregierung, Bundespräsident

Extremismus

Rechtsradikalismus:

- extreme politische Einstellung aus dem rechten Spektrum
- stellt freiheitliche-demokratische Grundordnung in Frage

Linksradikalismus:

extreme politische Strömungen aus dem linken Spektrum, insbesondere sozialistisch und kommunistisch geprägt

Fraktion

Alle Abgeordneten einer Partei im Parlament.

Fünf-Prozent-Klausel

Eine Partei muss mindestens 5% der gültigen Zweitstimmen bei einer Wahl erhalten, um ins Parlament einzuziehen.

Gewaltenteilung

Teilung der staatlichen Gewalt in Exekutive, Legislative und Judikative

Globalisierung

Verflechtung der Weltwirtschaft, ermöglicht durch Kommunikationsmedien und Transportmittel.

Grundgesetz

Die Verfassung der BRD, die den Aufbau, die Aufgaben und das Zusammenspiel der Staatsorgane regelt.

Grundrechte

Grundrechte sind wesentliche Rechte, die Mitgliedern der Gesellschaft gegenüber Staaten als beständig, dauerhaft und einklagbar garantiert werden.

Artikel 1-19 Grundgesetz:

1	Schutz der Menschenwürde
2	2 Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Freiheit der Person, Recht auf Leben, Recht auf körperliche Unversehrtheit
1,2	Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Datenschutz), Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme
3	Gleichheitssatz, Gleichberechtigung
4	Glaubens- und Gewissensfreiheit
5	Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit, sowie die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft
6	Schutz von Ehe und Familie
7	Recht auf Schulwahl, auf Erteilung und Teilnahme am Religionsunterricht, zur Errichtung von Privatschulen
8	Versammlungsfreiheit

9	Vereinigungsfreiheit
10	Brief- und Postgeheimnis
11	Freizügigkeit im Bundesgebiet
12	Freiheit der Berufswahl, Verbot der Zwangsarbeit
13	Unverletzlichkeit der Wohnung
14	Eigentumsrechte
15	Vergesellschaftung, Gemeineigentum
16	Verbot von Ausbürgerung und Auslieferung
16a	Asylrecht
17	Petitionsrecht
19 Abs. 4	Einschränkungen und Rechtsweggarantie

Gruppe

- Wir-Gefühl; gemeinsame Interessen und Ziele
- andauernde Kontakte, wenn man auch nicht persönlich zusammen ist
- bestimmte Regeln, die innerhalb der Gruppe gelten
- Meinungsaustausch mit wechselseitigen Beobachtungen von Verhaltensweisen

Inflation

Geldentwertung bzw. Prozess der anhaltenden Preiniveausteigerung.

Judikative

„richtende Gewalt“: Gerichte

Koalition

Zusammenschluss zweier oder mehrerer Parteien, die gemeinsam eine Regierung stellen oder zusammenarbeiten.

Kommunaler Aufbau Bayerns

Gemeinden, Landkreise, Bezirke

Gemeinden

- an der Spitze steht der/die Bürgermeister/in.
- ca. 2000 in Bayern

Aufgaben:

- eigener Wirkungskreis (z.B. Abfallbeseitigung, Denkmalpflege)
- übertragener Wirkungskreis (z.B. Wohngeld)

Landkreise

- mehrere Gemeinden bilden einen Landkreis
- ca. 70 in Bayern

Bezirke

- mehrere Landkreise bilden einen Bezirk
- 7 Regierungsbezirke in Bayern

Konjunktur

Das Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung. In vier Phasen gegliedert:

- Aufschwung
- Boom
- Abschwung
- Depression

Konstruktives Misstrauensvotum

Der Bundeskanzler kann durch den Bundestag per Wahl eines neuen Kanzlers zum Rücktritt gezwungen werden.

Konvergenzkriterien

Jedes Mitglied der Währungsunion muss diese Kriterien erfüllen:

- Staatsverschuldung nicht über 60% des BIP
- Inflationsrate und Haushaltsdefizit nicht mehr als 3% des BIP

Landtag

Der bayerische Landtag ist das Landesparlament Bayerns.

Der Landtag beschließt Gesetze und stimmt über den Haushalt ab.

Landtagswahl

Durch Erst- und Zweitstimme werden aufgelistete Kandidaten in den Landtag gewählt.

Legislative

„gesetzgebende Gewalt“: Bundestag, Bundesrat

Mandat

Politiker erhält durch die Wahl den Auftrag die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

NATO

= North Atlantic Treaty Organization

Verteidigungsbündnis zwischen den europäischen Staaten, den USA und Kanadas mit dem Ziel der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit.

Opposition

Opposition (lat.) = Gegensatz, Widerstand

In einem parlamentarischen System (wie z.B. in Deutschland) wird die Gruppe der Parteien, die nicht an der Macht ist, als Opposition bezeichnet. Diese Parteien beobachten die Arbeit der regierenden Partei(en) kritisch, um deren Fehler aufzuzeigen und sich für die nächsten Wahlen zu positionieren und als bessere Alternative darzustellen.

Parlament

Die Versammlung der vom Volk gewählten Abgeordneten. Anregung und Bewilligung von Gesetzen sowie Kontrolle der Regierung.

Partei

Zusammenschluss von politisch interessierten Menschen mit weitgehend übereinstimmenden Vorstellungen über das aktive Gemeinwesen.

Rechtsstaat

Für jeden Bürger gelten die gleichen Gesetze. Der Staat ist an Recht und Gesetz gebunden.

Rollen innerhalb einer Gruppe

Summe von Erwartungen an das soziale Verhalten eines Menschen, der eine bestimmte gesellschaftliche Position inne hat.

Rollenvielfalt

- verschiedene Rollenerwartungen
- häufiger Rollenwechsel
- ∩ Rollenkonflikte
- Interrollenkonflikte Intrarollenkonflikte
- Gegensätzliche Erwartungen
- Gegensätzliche Erwartungen an unterschiedliche Rollen eines Menschen
- an eine Rolle

Soziale Marktwirtschaft

Wirtschaftsordnung, in der der Grundsatz von wirtschaftlicher Freiheit mit sozialen Aspekten verknüpft ist.

Sozialisation

- Hineinwachsen des Einzelnen in die Gemeinschaft
- Familie: Entwicklung von Urvertrauen als Grundlage menschlichen Zusammenlebens = Primärsozialisation
 - Gemeinschaft: Übernahme von Regeln, Verhalten, Sitten einer Gesellschaft ∩ Schule, Beruf, Freunde = Sekundärsozialisation

UNO

= United Nations Organization

= Vereinigte Nationen

Organisation, die zur Wahrung des Friedens und der Menschenrechte in der ganzen Welt nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde.

Wahlrecht

aktives Wahlrecht:

- Recht eines Wahlberechtigten, bei einer Wahl zu wählen
- ab 18 Jahren

passives Wahlrecht

- Jemand kann gewählt werden
- Alter je nach Amt, das bekleidet wird

Wahlrechtsgrundsätze

Allgemein, gleich, frei, geheim, unmittelbar